

Arbeitspräsident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreilindstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 9. Juni 1928

Nummer 46

12. Bundesausschussitzung des ADGB.

Am 1. Juni trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner „Gewerkschaftshaus“ zu seiner 12. Tagung zusammen. Der Bundesvorsitzende Leipart erstattete zunächst den Bericht des Bundesvorstandes. Er leitete seinen Bericht ein mit Darlegungen über die durch den Ausgang der Wahlen geschaffene politische Lage. Die Wahlen haben der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Stimmen gebracht, der sie zu der weitaus stärksten politischen Partei im Reich und in Preußen gemacht hat. Ohne sie ist die Bildung der neuen Regierung im Reich nicht möglich. In Preußen ist die Regierung Braun als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung in der künftigen Koalitionsregierung durch den Einfluß starker Persönlichkeiten nachdrücklich zur Geltung gebracht wird. Aus seinen weiteren Mitteilungen seien folgende Punkte hervorgehoben: Die nächste Tagung des Bundesausschusses soll, wie bereits in Aussicht genommen, in Köln stattfinden, und zwar am 20. Juni d. J. Die Tagung soll zugleich den Bundesvertretern Gelegenheit geben, die „Presse“ und insbesondere die eigne Ausstellung der Gewerkschaften zu besichtigen. Es ist geplant, eine Konferenz der den Gewerkschaften nahestehenden Gewerbaufsichtsbeamten einzuberufen, wie schon bisher ähnliche Konferenzen für Baukontrolleure abgehalten worden sind. Bei dem Wettbewerb, der für den Bau der Bundeschule unter einer Reihe namhafter Architekten veranstaltet worden ist, wurde bekanntlich der Entwurf des Leiters des Bauhauses Dessau, Hannes Meyer, von dem Preisgericht am höchsten bewertet und vom Bundesvorstand angenommen. Mit der Bauausführung wird in den nächsten Wochen begonnen werden. Die Grundsteinlegung soll entsprechend der großen Bedeutung der Bundeschule für das gesamte Bildungsweisen der Gewerkschaften feierlich gestaltet werden. Die Gewerkschaftsjugend wird an der feierlichen Veranstaltung mitwirken.

Der bisherige Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt a. M., Leuschner, ist von seinem Amt zurückgetreten. An seine Stelle tritt der Kollege Gröbner, bisheriger Bezirksleiter vom Zimmererverband. Auch für den Bezirk Ostpreußen ist jetzt ein besolobter Sekretär angestellt worden. Kollege Qualls, bisher Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, wird dieses Amt am 1. Juli d. J. antreten.

Im Anschluß an die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes sprach Leipart über die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses, der Anfang September d. J. in Hamburg stattfinden wird. Leipart sprach zunächst über das Hauptthema des Kongresses, das sich aus den Beratungen des Breslauer Kongresses ergibt: Die Verwirklichung der Wirtschafts-demokratie. Zur Klarstellung des Begriffes, zur Untersuchung der konkreten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, ist seit nahezu Jahresfrist eine besondere Kommission tätig, deren Arbeiten vor dem Abschluß stehen und im Bundesausschuß in einer späteren Sitzung vor dem Kongress zur Diskussion gestellt werden sollen. Als zweites Thema des Kongresses schlägt der Bundesvorstand ein Referat über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften vor. Die großen Aufgaben, die den Gewerkschaften auf diesem Gebiete gestellt sind, sind nicht zu verkennen. Eine tiefgehende lebendige Bildungsarbeit ist zugleich das beste Mittel, wirksame Propaganda unter der Gewerkschaftsjugend zu betreiben. Sie ist aber überhaupt angesichts der gesteigerten Ansprüche, die an die Mitwirkung der Gewerkschaften heute gestellt werden, von überragender Bedeutung für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Als drittes Thema ist vorgesehen die Behandlung der zahlreichen Fragen, die mit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung in Zusammenhang stehen, Fragen, mit denen sich die Gewerkschaften auf ihren Tagungen schon wiederholt beschäftigt haben. Nach kurzer Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung einstimmig angenommen.

Zu dem Punkt der Tagesordnung: „Die Projektverbreitung der Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten“, sprach der Sekretär des Bundesvorstandes, Kollege Schulze. Die den Gewerkschaften übertragene kollektive Vertretungsbezugnis vor den Ar-

beitsgerichten zwingt zu einer grundsätzlichen Stellungnahme. Die Gewerkschaften haben sich für eine großzügige Abgrenzung der Arbeitsgerichtsbezirke, d. h. für nicht zu kleine Bezirke, eingesetzt. Das hat eine starke Konzentration der Streitfälle bei diesen Gerichten zur Folge. Die am Streitfall beteiligten Arbeiter, insbesondere die außerhalb des Sitzes des Gerichts wohnenden, haben häufig nicht die Möglichkeit, ihr Interesse an der Projektverteilung selber wahrzunehmen. Diese Entwicklung führt zu dem Ergebnis, daß die Bereitstellung geschulter Projektvertreter der Gewerkschaften an den Hauptsitzen der Arbeitsgerichte und eine Konzentration der Projektvertretung in der Hand dieses Beauftragten der Gewerkschaften notwendig wird. Die kleinen örtlichen Arbeitersekretariate können die täglich stärker werdende Aufgabe nicht bewältigen; ihre Mittel und Kräfte sind zu gering. Bleibt die Aufgabe bei den einzelnen Verbänden, dann erscheint häufig eine größere Zahl von Vertretern verschiedener Verbände gleichzeitig beim Gericht, von denen jeder die gleiche Reise zum Gerichtsort zurücklegen muß. Das kann vermieden werden durch die Schaffung besonderer Projektvertretungen für größere Bezirke durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Zahlreiche Einzelfälle, die sich seit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes täglich auftragen, zeigen, wie unwirtschaftlich das jetzt gebräuchliche Verfahren der Projektvertretung ist. Selbstverständlich ist, daß wichtige, vor allen Dingen grundsätzliche Tarifauslegungstreitigkeiten von den Beauftragten der interessierten Verbände selbst vertreten werden müssen; aber diese Streitigkeiten bilden nicht die Mehrzahl der Projektfälle. Beobachtungen, die gemacht werden konnten, lassen den Schluss zu, daß die Vertretung der Unternehmerinteressen bei den Arbeitsgerichten durch die Unternehmerverbände bereits straffer organisiert ist als bei den Gewerkschaften. Je strenger wir die Projektvertretung für die Arbeiter in wenigen Händen konzentrieren, um so größer ist auch die Gewähr, daß wir Spezialisten heranbilden und zur Verfügung stellen, in deren Obhut die Interessen klagender Arbeiter wohlwahrt sind. Außerdem sind viele Gewerkschaftsangelegte Arbeitsrichter. Es führt aber zu unangenehmen Erscheinungen, wenn diese Persönlichkeiten zugleich Projektbevollmächtigte sind und einmal in dieser und ein andermal in jener Eigenschaft auftreten. Hinzu kommt die Vertretung der Interessen der Erwerbslosen aus dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei den hierfür zuständigen Spruchinstanzen. Auch diese Vertretung kann einbezogen werden in eine zentralisierte Organisation der Interessenwahrnehmung, auch sie muß durch Spezialisten erfolgen.

Am zweiten Tag der Bundesausschussitzung, am 5. Juni, wandten sich die Beratungen der Frage des Bundesbeitrags zu. Der Bundessekretär Kube begründete die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge. Die Erörterung über die Vereinheitlichung der Projektvertretung wurde in die Debatte über den Bundesbeitrag einbezogen, da sich durch die Verwirklichung der von Schulze unterbreiteten Anregungen dem ADGB und seinen Organen eine neue Aufgabe von erheblichem Ausmaß erschließen würde. Gegen die Zentralisation der Projektvertretung wurde u. a. eingewandt, daß viele Verbände Wert darauf legen, daß sich ihre Angestellten an allen Stellen öffentlichen Lebens zeigen und bewähren. Andre Redner begrüßen den Gedanken der Vereinheitlichung der Projektvertretung im Interesse der Verbände wie einer in unserm Sinn gelegenen Pflege des modernen Arbeitsrechts. Die Bereitstellung von Spezialisten für die Rechtsberatung und Projektvertretung enthebt die Gewerkschaften auch dem heute vielfach bestehenden Zwang, die Projektvertretung Rechtsanwältinnen zu übertragen. Die Betreuung der Mitglieder durch den Verbandsangestellten in Rechtsfragen dürfte zwar nicht völlig unterbunden werden, aber es werde möglich sein, ein gemeinsames Arbeiten der Verbandsbevollmächtigten mit den Arbeitersekretären und eine zweckmäßige Arbeitsverteilung zwischen beiden durchzuführen. Die Zahl der Arbeitersekretäre und Projektvertreter wäre auch nie so groß, daß sie die gesamten Aufgaben der Verbände in der Rechtsberatung übernehmen könnten. Die Arbeitersekretäre wären immer genötigt, sich einen Stab von Helfern zu sichern. Jedenfalls müßte die Frage zur Debatte gestellt, sie muß aber auch in absehbarer Zeit gelöst werden. Zur Frage der Bundesbeiträge wurde anregt, die Lehrlinge im Bunde beitragsfrei zu lassen und

dadurch die Erhöhung der Beiträge für die übrigen Mitglieder etwas auszugleichen. Ferner sollte der Bundesvorstand seine Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Beisteuern der Ortsgruppen zu den Gewerkschaftshäusern nicht übermäßig gesteigert werden. Es wurde die Anregung gegeben, daß die Finanzierung der Bezirkssekretariate des ADGB in vollem Umfange vom Bunde aus erfolgen möge. Zurzeit wird rund eine Hälfte der Ausgaben der Bezirksauschüsse aus der Bundeskasse, die andre Hälfte aus Beiträgen der Ortsauschüsse bestritten. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge wurde allgemein anerkannt. Die Debatte bezog sich nur auf das Ausmaß der Erhöhung. Es wurde auch daran erinnert, daß in einem niedrigen Bundesbeitrag für weibliche Mitglieder eine geringere Einschätzung der Kolleginnen zum Ausdruck kommt. Auf die Dauer dürfte dieser Zustand auch nicht aufrechterhalten sein. Entscheidungen werden nicht getroffen. Die Beschlußfassung über die vom Bundesvorstand unterbreitete Vorlage für den Haushalt des ADGB, wie über die Frage der Vereinheitlichung der Projektvertretung wurde bis zur nächsten Bundesausschussitzung vertagt. Beide Fragen werden inzwischen von den Verbandsvorständen beraten.

Zweiter Deutscher Fachschullehrertag in Köln a. Rh.

Im Kongressaal der Internationalen Preisausstellung zu Köln a. Rh. fand während der Pfingsttage, am 27. und 28. Mai 1928, der II. Deutsche Fachschullehrtag statt. An ihm nahmen 187 Lehrkräfte graphischer Schulen, Berufserzieher und Vertreter der Behörden und wirtschaftlichen Organisationen teil, eine Zahl, die die Erwartungen des Reichsvereins der Lehrer für die graphischen Gewerbe, der die Konferenz einberufen hatte, wesentlich übertraf. Im Auftrage der preussischen Regierung waren Oberregierungsrat Bayer (Köln) und im Auftrage der Stadt Köln Gewerbestatthalter Ubrmann erschienen; die Stadt Leipzig hatte den Gewerbestatthalter Schröder und die Stadt Magdeburg Professor Doffke entsandt. Vom Verband der Deutschen Buchdrucker, der die Konferenz durch Stellung einer Garantiesumme von 5000 M. unterstützte, waren Otto Krauß, Albrecht Gille (Berlin) sowie mehrere Gauvorsitzende anwesend; den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, der der Fachschullehre von jeher sehr zugehörig war und sie tatkräftig förderte, vertraten Bruno Dreßler, Arthur Grams, Otto Schröder, Emil Rawiel (Berlin) und Peter Kroll (Köln); das Ausland war durch den Direktor der Gewerkschule in Bern, Greuter, und den Fachlehrer Rösch vertreten.

Die Tagung wurde vom Vorsitzenden des Reichsvereins der Lehrer für die graphischen Gewerbe, Gewerbeoberlehrer Fischer (Münster), gegen 10 Uhr mit einem Hinweis auf den Anlaß der Einberufung der Konferenz, die als Fortsetzung der ersten Tagung der deutschen Fachschullehrer am 28. und 29. August 1925 in Leipzig anzusehen sei, eröffnet. Der Einberufer der ersten Konferenz, der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, habe dem inzwischen begründeten Reichsverein der Lehrer die Vorbereitung für die jetzige Tagung überlassen. Nach kurzen Begrüßungsansprachen erhielt der Direktor der Buchdrucker-Lehranstalt Leipzig, Dr. Herbert Hauschild, das Wort zu seinem Vortrag: „Problematik und Kritik eines Ausbildungssystems für die graphische Industrie in Deutschland“. Der Vortragende entwickelte im ersten Teil das gegenwärtige berufliche Schulwesen, indem er unter Berücksichtigung des geschichtlichen Werbens die Probleme herausstellte, die für die Berufsschule, ihren jetzigen Zustand und mutmaßlich auch für ihre fernere Neugestaltung charakteristisch sind. Er führte das Verknüpfen mit der Industrie, die Kritik des Stoffplanaufbaues, die staatsbürgerliche Erziehung, Lehrplangestaltung usw. an. Diese besonderen Verhältnisse, verwohrt der Vortragende sodann mit dem Begabtenproblem, das weder mit schenatischen Mitteln, wie Eignungsprüfung, noch durch die Schule, sondern nur durch eine während einer längeren Dauer von Jahren sich vollziehende natürliche Selbstauflese in den Betrieben gelöst werden könne. Diese Probleme mündeten in dem Verlangen nach Weiterbildung der Berufstätigen in technischer und allgemeinbildender Hinsicht. Dr. Hauschild warf dann Streiflichter auf die herrschende Bildungsnot.

die sich für die Berufsschulen als Bildungszielstufen auswirken. Nur neue Wege können Abhilfe schaffen; sie lassen sich aus der bisher noch nicht betriebenen Berufsanalyse, die der Redner am Sechserberuf erstmalig durchgeführt, entwickeln. Aus diesen Erkenntnissen heraus ergaben sich die Vorteile und die Mängel der Ausbildung, die Wege der Abhilfe und die Weiterentwicklung. Es sei ein Ausbildungssystem notwendig, das sich vom ersten Lehrjahr bis weit ins Geflissalter hinein erstrecken müsse mit dem Ziele: Anschluß an eine als Rückgrat zu allen übrigen Gebieten stehende, nach neuen (dargelegten) Gesichtspunkten durchzuführende Fachausbildung. Jeden einzelnen Punkt seiner Darlegungen entwickelte der Vortragende logisch aus Vorhergegangenen, so daß die Ausführungen — obwohl sie von den Kernproblemen seitlich liegende Fragen berührten — sich zu einem System verdichteten.

An diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich unmittelbar ein Vortrag des Gewerbeoberlehrers Jakob Erbar (Köln) an über das Thema: „Die Ausbildung des Nachwuchses für das Buchgewerbe an den Kunstgewerbeschulen“. Der Redner ging von der Auffassung aus, daß die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses in Werkstatt noch in Berufsschulen mit dem Fortschreiten der Technik Schritt gehalten habe. Er war der Ansicht, daß die früher blühende Handwerkskunst nur durch eine bessere Durchbildung unfertigen Nachwuchses wieder erreicht werden könne. Er hielt die Berufs- wie die Kunstgewerbeschule in ihrer jetzigen Organisation zur Ausbildung des Nachwuchses für ungeeignet. Er forderte deshalb — ähnlich wie es in Köln schon geschehen sei — den geistigen Zusammenschluß der verschiedenen Schularten zu einer Werkstufe, in der Werkstatt geleistet wird. Der Unterricht muß natürlich getrennt nach Gruppen von künstlerisch Befähigten gehalten werden. Die anschließende Aussprache stimmte dem ersten Redner zu. Es wurde gewünscht, daß dieses sowie alle weiteren Referate in Buchform herausgegeben werden sollen (was ausgegagt wurde). Gegen die Ausführungen Erbars wurde jedoch der Einwand erhoben, daß die Berufsschule andre Lehrziele als die Kunstgewerbeschule habe. Im Schlußwort betonte Dr. Hauschild, die Berufsschule dürfe nicht zum ökonomischen Problem gemacht werden; sie sei ein Erziehungsinstitut, in dem die Schüler von Anfang bis Ende zu tüchtigen Mitgliedern der Gesellschaft herangezogen werden sollen. Als Gegner der Kunstgewerbeschulen wünscht er nicht die bewußte Heranzüchtung einer intellektuellen Oberschicht im Gewerbe, die sich über den ausübenden Handwerker erheben könne.

Aber die „Lehrplangestaltung und das Fachschulwesen“ referierte Albrecht Hülsel die Aufgabe zu, den Stand der Lehrlingsordnung im Buchdruckgewerbe und die sich aus ihr ergebenden Verpflichtungen der Fachschule kurz zu besprechen. Zunächst erklärte er die Eignungsprüfung als brauchbares Mittel, Unbefähigte vom Buchdruckgewerbe fernzuhalten. Die Mitarbeit der Fachschulen sei bei der Durchführung der Lehrlingsordnung sehr erwünscht, denn die Bestimmungen weisen der Schule eine Reihe von Aufgaben zu, zu deren Erfüllung ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Gewerbe und Schule notwendig sei. Redner wendete sich entschieden gegen die Befreiung der Freizeit durch die Schulzeit. Leider sei auch die Frage der Einkreisung der Schulzeit in die Arbeitszeit noch umstritten. Zum Schluß berührte der Referent die sehr wichtige Frage der Hinzuziehung der Fachlehrer zu den Fachauschüssen. Er persönlich wünsche die Mitwirkung der Lehrer in den Ausschüssen. Es machen sich aber Widerstände bemerkbar, da die Lehrer in Prüfungsfragen Richter über sich selbst sein würden; auch in materiellen Dingen stoßen sich Bedenken geltend machen. Er wendete sich sodann gegen die veralteten Bestimmungen der Gewerbeordnung, die oftmals benutzt werden, um dem Lehrer die Teilnahme an den Prüfungen zu beschränken. Die Gesetzgebung müßte für eine allgemeine Regelung des Fachschulwesens, zu dem die Prüfungsfrage gehöre, sorgen. Er ersuchte die anwesenden Vertreter der Behörden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Lehrlingsangehörige und Lehrlingschulung dem neuen Zeitgeist angepaßt werden. In der sehr regen geführten Aussprache über das Thema wurde nachdrücklich die Forderung vertreten, daß die Lehrer nicht nur sich, sondern auch Stimme in den Prüfungsausschüssen haben müßten. In einer Reihe von Städten sei diese Forderung schon durchgeführt. Der Schluß genügte nicht, man müsse dem Lehrer auch das Vertrauen entgegenbringen. Die Stellungnahme der Organisationen sei durch den paritätischen Geist in der Lehrlingsordnung bedingt. Die Prinzipale und Gehilfen könnten aber nicht allein die Ausbildung der Lehrlinge, die von der ganzen wirtschaftlichen Struktur abhängt, übernehmen, dazu gehöre auch die Schule. In seinem Schlußwort sagte der Referent, daß eine Zusammenarbeit der Lehrer mit den Gehilfen auch in den Lehrlingsabteilungen gegeben sei. Die Handwerkskammerbezirke, die die Lehrlingsordnung eingeführt haben, hielten ihre Bestimmungen bisher auch ein. — Damit waren gegen 3 Uhr die Beratungen des ersten Tages beendet.

Die Verhandlungen wurden am zweiten Tage kurz vor 9 Uhr wieder aufgenommen. Zunächst wurde den anwesenden Teilnehmern, die von keiner Seite eine Unterstützung bekommen, ein Aufschub in Höhe des Jahresgeldes bewilligt. Der Direktor des Gewerbeoberlehrerseminars zu Berlin, Prof. Frick Schneider, behandelte sodann „Die Ausbildung und der Gewerbelehrer für das graphische Gewerbe“. Er ging näher auf die Aufgaben der Berufs-

schule ein und berührte die dadurch bedingte möglichst universelle Ausbildung der Lehrer. Weder der Praktiker noch der Volksschullehrer könne ohne genügende Vorbildung den Lehranforderungen genügen. Der Redner forderte für die Gewerbelehrer das Hochschulstudium; Anwärter mit Abitur werden künftig in Vorteil sein. Für den Praktiker könne eine Erfragereifung, die an Stelle der fremden Sprachen Naturwissenschaft und Zeichen sei, wohl erwogen werden. Der Volksschullehrer müsse eine Lehrlingsmäßige und der Praktiker eine umfassende pädagogische Ausbildung erhalten. Von vielen Anwärtern werde die Prüfung zu leicht genommen. Bei der Wahl zwischen einem Volksschullehrer und einem gut ausgebildeten Fachmann werde stets der Fachmann vorgezogen werden. Von den Gewerbelehrern wird nicht das Kennen, sondern das Können gefordert. Redner verbreitete sich dann noch über die Ausbildung in den drei preußischen Gewerbeoberlehrerseminaren und über die weitere Fortbildung der Anwärter. In der Aussprache wurde Klage darüber geführt, daß dem Praktiker der Besuch des Seminars aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Die praktische Ausbildung von zwei Jahren für Pädagogen sei zu wenig, da mit mehreren Berufen zu rechnen sei. Auch der Gesamtunterricht an den Schulen von sechs Stunden sei zu gering. Gewünscht wurde eine weitere Ausbildung der nebenamtlich tätigen Lehrer, in deren Reihen ausgezeichnete Menschen zu finden seien. Für den Lehrer sei es ein Übel, in 10 bis 12 Berufen zu unterrichten. Die Berufsschulen in kleinen Städten könne nur durch das Bezirkslehrensystem gehoben werden. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß das Vordringen der Berufsschulen in kleinen Orten von der Regierung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werde. Gegenwärtig werden Versuche mit dem Austausch von Lehrkräften aus Nachbarbezirken unternommen. Nur durch Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Organisationen könne die nötige Auswahl der Lehrkräfte gewonnen werden; die Ergänzung des Bildungsganges geschehe durch das Seminar. Es sei festgestellt, daß die Städte mit Berufsschulen handwerklich bedeutend bessere Leistungen vollbringen als Orte ohne Schule. Der Referent bekräftigte in seinem Schlußwort die Bezirksschulen; die Schule habe erzieherische Aufgaben, damit falle das reine Fachlehrerstudium. Die Frage der Ausbildung der nebenamtlichen Lehrer ist noch nicht völlig geklärt. Die enge Verbindung des Seminars mit den wirtschaftlichen Organisationen sei sehr zu wünschen.

Als nächster Redner behandelte Gewerbeoberlehrer Fischer (Münzberg) das Thema „Lehrplan, Lehr- und Lernmittel“. Die Lehrplanfrage sei bereits auf der ersten Konferenz in Leipzig hinreichend behandelt worden, in der Zwischenzeit sei die Fertigstellung und Beratung des Lehrplans erfolgt. Wenn auch nicht alle Wünsche der Lehrerschaft erfüllt seien, so wäre doch ein großer Fortschritt erzielt. Wermittelt wird namentlich die Herabsetzung der Unterrichtsstundenzahl und die Begrenzung der Unterrichtszeit auf die Tagesstunden. Dem Verbands der Deutschen Buchdrucker sei es zu danken, daß bei der Beratung des Planes auch die Fachschullehrer zugezogen wurden. Der Lehrstoff ist vorläufig an den Schüler heranzubringen. Nur von Stufe zu Stufe, von unten nach oben, kann die Ausbildung des Lehrlings geschehen. Ist für die Lehrplanfrage schon manches getan, so muß die Beschaffung der richtigen Lehr- und Lernmittel als nächstes erfolgen. In vielen Schulen ist in dieser Beziehung überhaupt nichts vorhanden, an anderen hat der Lehrer durch Opfertun von Zeit und Geld sich selbst geholfen. Zur Durchführung des Lehrplans sei die Herausgabe eines Hilfsbuches und eines umfangreichen Anschaffungsmaterials für alle Stoffgebiete notwendig. Hier müssen vom Reichsverein entsprechende Vorschläge ausgearbeitet werden. Sehr brauchbar sind die Farbtafeln des vom Bildungsverband herausgegebenen Farblehrkursus. Für den Allgemeinunterricht könnten in gleicher Weise Lern- und Lehrmittel sowie Werkblätter geschaffen werden. Der Vertrieb der Lehrmittel müsse durch eine Lehr- und Lernmittelzentrale geschehen, wie es der Verlag des Bildungsverbandes sei, der jetzt schon für den Unterricht sehr brauchbare Fachbücher vermittelt. Auch die Lehrbücher der verwandten Berufe, wie Lithographen, Steindruck und Buchbinder seien heranzuziehen. In der Aussprache wurde auf die Weiterbildung der gesellschaftlichen Bestimmungen hingewiesen, daß zur Klassenbildung 12 bis 15 Schüler eines Berufs vorhanden sein müssen. Zur Prüfung geeigneter Lehr- und Lernmittel wird einstimmig ein zehngliedriger Ausschuss gewählt, dessen Mitglieder als Mittelpersonen für die Weitergabe von Vorschlägen gelten, die aus ihrer Lehramtsbeziehung kommen.

Das Thema über „Methodik und Gestaltung des Fachunterrichts“, über das Oswin Gentsch (Dresden) sprechen sollte, wurde der vorgezogenen Zeit wegen abgesetzt; es wird aber im gedruckten Protokoll aufgenommen werden. „Das Prüfungswesen im Buchdruckgewerbe“ behandelte Gewerbeoberlehrer Bräuer (Potsdam). Zur systematischen Berufsausbildung des Buchdruckgewerbes gehört auch das Prüfungswesen, auf das nicht verzichtet werden kann. Er bezeichnete die Eignungsprüfung als notwendig, die die Jugend schülern und die Wirtschaftlichkeit des Gewerbes heben soll. Zu beachten sei der Gesundheitszustand, der ärztlich zu untersuchen ist, und die Kenntnis in den grundlegenden Fächern. Der Redner ging dann noch näher auf die Notwendigkeit der Zwischen- und Geßlensprüfungen sowie auf die verschiedenen Prüfungsergebnisse ein. Er erklärte es als wünschenswert, daß schon bis Ostern 1929 ein besonderer

Ausschuss entsprechende Richtlinien für das gesamte Prüfungswesen festlege. Zum Schluß stellt er folgende Anträge:

1. Der Reichsverein der Lehrer für die graphischen Gewerbe wählt einen zehngliedrigen Ausschuss, der Richtlinien für das gesamte Prüfungswesen im Buchdruckgewerbe ausarbeitet. Diese Richtlinien sollen dem „Ständigen Ausschuss“ der wirtschaftlichen Organisationen des Buchdruckgewerbes zur weiteren Bearbeitung übergeben werden.
2. An die Vorstände sämtlicher Parteien des Reichstags ist folgende Entschließung zu senden: Der Reichsverein der Lehrer für die graphischen Gewerbe bittet die Fraktion, sich dafür einzusetzen, daß in den §§ 44 und 58 des Berufsausbildungsgesetzes die Worte „Ein Meister soll Lehrer an einer Berufs- (Fortbildungs-) oder Fachschule sein“ unverändert gebleibe.

Dieser Entschließung ist eine Begründung beizufügen. In der Aussprache erklärte der Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sich bereit, die Zulassung der Fachlehrer als Mitglieder in die Ausschüsse zu bekräftigen. Von allen Rednern wird die vollberechtigte Mitgliedschaft in den Fachauschüssen gefordert. In das kommende Berufsausbildungsgesetz müssen die Forderungen der Fachschullehrer nicht nur durch Kamm-Bestimmungen, sondern in klarer Form berückichtigt werden. Auch der Charakter des Lehrvertrags, ob Erziehungs- oder Arbeitsvertrag, bedarf noch der Klärung. Die Festlegung von Richtlinien für die vertriebenen in der Lehrlingsordnung enthaltenen Prüfungen sei unbedingt notwendig; die psychotechnische Eignungsprüfung sei nur mit großer Vorsicht anzuwenden. Einstimmig wurden darauf die beiden von Bräuer (Potsdam) eingebrachten Anträge angenommen. Ein dritter Antrag, der eine allgemeine Befähigungsprüfung der schulpflichtigen Jugend betraf, wurde zurückgezogen. Einstimmig angenommen wurde ferner ein von Quistorf (Hamburg) eingebrachter Antrag:

„Die auf der zweiten Tagung der Fachlehrer für die graphischen Gewerbe in Köln versammelten deutschen Fachlehrer bedauern, daß ihnen in den Fachauschüssen keine Vertretung zugebilligt ist; sie bedauern ferner, daß ihnen keine Mitwirkung bei den Prüfungen zugestanden wird. Sie fassen entsprechende Zusatzbestimmungen zu der Lehrlingsordnung für notwendig.“

Die im ersten Antrag geforderte Ausarbeitung von Richtlinien für das Prüfungswesen wird dem schon gewählten Ausschuss für die Lehrplan- und Lehrmittelfrage überwiesen. Der Ausschuss kann sich durch Vertreter der wirtschaftlichen Organisationen, die zur Mitwirkung ersucht werden sollen, ergänzen.

Damit war der Beratungsstoff der Tagung erschöpft. In einem zusammenfassenden Schlußwort wies der Vorsitzende auf den zwar arbeitsreichen, aber sehr fruchtbringenden Verlauf der Tagung hin. Die Verhandlungen haben den ersten Willen der graphischen Fachschullehrer Deutschlands erkennen lassen, an der Höherführung des Nachwuchses mitzuwirken, zu Nutz und Frommen des Gewerbes; sie werden weiter an diesem Ziel festhalten. Mit diesem Befehmsnis schloß um 2 Uhr die allgemeine Tagung.

Anschließend fand für die Mitglieder des Reichsvereins der Lehrer für die graphischen Gewerbe noch eine geschäftliche Sitzung dieses Vereins statt, in der einstimmig die bestehende Satzung bestätigt und die vom Vorstand geleistete Arbeit anerkannt wurde. Die Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Organisationen des graphischen Gewerbes soll wie bisher aufrechterhalten bleiben. Gefordert wurde die Anerkennung der Werkmeister mit Lehrbefähigung als Gewerbelehrer. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt; er setzt sich zusammen: Gottlieb Fischer, Gewerbeoberlehrer (Münzberg), 1. Vorsitzender; Heinrich Schulze, Gewerbeoberlehrer (Berlin), 2. Vorsitzender und Kassierer; Emil Rawiel, Sekretär des Bildungsverbandes (Berlin), Schriftführer; Artur Kupfer, Studentent (Leipzig), Beisitzer; Bruno Dresler, Vorsitzender des Bildungsverbandes (Berlin), Beisitzer; Wilhelm Lesemann, Gewerbeoberlehrer (Bielefeld), Beisitzer; Oswin Gentsch, Gewerbeoberlehrer (Dresden), Beisitzer. Die Wahl der Obmänner blieb unverändert. Es sind dies: C. Scheuens, Gewerbeoberlehrer (Barmen); Reinhold Bammes, Studentent (Münzberg); Karl Nam, Gewerbeoberlehrer (Hamburg); Ernst Köpken, nebenamtlicher Fachlehrer (Münzberg); Otto Burkhardt, nebenamtlicher Fachlehrer (Freiburg i. Br.). Unter Berücksichtigung wurde beschloßen, nur haupt- oder nebenamtliche Lehrkräfte als Mitglieder aufzunehmen. Am 4½ Uhr wurde auch die geschäftliche Sitzung geschlossen.

In der anschließenden Besichtigung der Internationalen Presseausstellung fanden die Teilnehmer wertvolle Anregungen, die ihnen in Verbindung mit den Eindrücken der Konferenz für die fernere Erziehungsarbeit von großem Vorteil sein werden.

Die auf der Tagung gehaltenen Referate und die daran anschließenden Aussprachen ließen klar die Bedeutung erkennen, die der Berufsschule in der Gegenwart und auch in der Zukunft zukommt. Sie zeigten weiter den ersten Willen, mit dem der junge Reichsverein seine Ziele, die dem Ausbau und der Neugestaltung des Berufsschulwesens gelten, verfolgt. Weiterhin werden aber die Beratungen auch auf die Vertreter der Behörden und vor allem der wirtschaftlichen Organisationen nicht ohne Eindruck geblieben sein. Mögen sie an maßgebenden Stellen einen Widerhall finden, der dem gesamten Berufsschulwesen zugute kommt.

Kapitalismus und Dienst am Volke

In den durch die Parlamentswahlen abgeschlossenen Wahlkämpfen haben es die bürgerlichen Parteien nicht an Versprechungen fehlen lassen, um die Wähler für sich zu gewinnen. Die hinter diesen Parteien stehenden Interessentengruppen, besonders das Industriekapital, liegen es sich etwas kosten. Millionen wurden aufgewendet, die Wähler über die von ihnen zu unterliegenden Politik zu belehren. Selbstverständlich geschah das alles aus purem Idealismus, weshalb auch die Flugblätter, Wahlplakate, Auftrufe usw. dieser Parteien von ideologischen Phrasen nur so überflossen. Die organisierten, klassenbewußten Arbeiter wurden hierdurch nicht berührt. Sie kennen die Weise, den Text wie auch die Urheber jener Phrasen zu genau, als daß sie dadurch irreführt werden könnten. Aber es gibt noch genug andre, denen die Kenntnis dieser Sirenenorgänge abgeht, die nicht über die zur Beurteilung des wahren Charakters jener Parteien erforderliche wirtschaftliche und politische Verfügen, sie deshalb für wahr halten und oft zu spät inne werden, daß sie wieder einmal betrogen worden sind. So ist auch bei dieser Wahl ein großer Teil der Wähler solchen Versprechungen und Phrasen zum Opfer gefallen.

Zu den Phrasen und Schlagworten, mit denen die kapitalistischen Parteien operieren, gehörte auch das vom „Dienst am Volke“. Ein an sich schönes Wort, wenn es Wahrheit würde! Von den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung angewendet, bedeutet es jedoch nur leere Phrasen und wird zur elenden Heuchelei. War doch die Tätigkeit der kapitalistischen Parteien stets auf das Gegenteil gerichtet. Anstatt dem Volke zu dienen, suchten sie es auf das rücksichtsloseste auszunutzen. Immer stellten sie die Interessen des Besitzes denen des Volkes voran und betrachteten es als selbstverständlich, daß Staat und Wirtschaft ihnen dienstbar sein mußten. Der Kapitalismus kann nicht anders handeln! Staat und Volk sind für ihn nur Ausbeutungsobjekte. Die staatlichen Einrichtungen sind für den Kapitalisten im allgemeinen nur gut, wenn sie ihm Vorteil bringen und ihn in seinem Streben nach Bereicherung nicht behindern. Nur in diesem Sinne tritt der Kapitalismus für individuelle Freiheit ein, die dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspricht. Der ihr zugrunde liegenden Auffassung entsprechend, hat jedes Individuum allein an sich zu denken, sein Streben darauf zu richten, ohne Rücksicht auf andre vorwärts zu kommen. Allein so kann es auf Erfolg rechnen. In rücksichtsloser Vertretung dieser Auffassung hat der Kapitalismus zweifellos Großes geleistet. Aber seine Entwicklung sowie sein Weg gingen über die Not derjenigen, die, nicht mit der gleichen Selbstsucht, den gleichen Machtmitteln und der gleichen Brutalität ausgerüstet, unterliegen mußten und so zertreten wurden.

Dienst am Volke sagt etwas andres voraus, wenn er aus dem Bereich der Phrasen zur Wirklichkeit übergeführt werden soll. Er fordert Rücksicht auf die Gesamtheit. Diese Rücksicht braucht das Fortwärtstreben des einzelnen nicht auszuschließen. Doch muß es so weit eingebandt werden, daß auch die andern leben können und die Volksgemeinschaft an den Erfolgen ihrer Angehörigen teilnimmt. Ist ein solcher Dienst am Volke in der kapitalistischen Wirtschaft möglich und mit dem sie beherzenden Individualismus vereinbar? Von den bürgerlichen Wirtschaftlern wird diese Frage bejaht. Auch die klassischen Vertreter des Kapitalis-

mus, wie zum Beispiel Adam Smith, stellten sich auf diesen Standpunkt, indem sie die Verwirklichung dieses Ideals von dem freien Spiel der Kräfte, der freien Konkurrenz erwarteten. Diese sollte nach ihrer Ansicht zur allgemeinen wirtschaftlichen Harmonie führen. Das war eine Täuschung! Danach halten auch seine andern Vertreter, wie Professor Adolf Weber und andre, an dieser Auffassung fest.

Nicht zu leugnen ist, daß die freie Konkurrenz in den kapitalistischen Staaten einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung zur Folge hatte, der zugleich von einer Vermehrung des Volkswohlstandes sowie einem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg eines Teiles der arbeitenden Volksschichten begleitet war. Letzterer war jedoch nicht eignes Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung, deren Tendenz das Gegenteil anstrebte. Dieser Fortschritt wurde vielmehr nur dadurch erzielt, daß die arbeitenden Volksschichten, ihrer sorgfältig zunehmenden Ausbeutung miß, anfangen, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, im Kampfe mit dem Kapitalismus ihren Lebensstand erhöhen, wie auch den Staat zwingen, die kapitalistische Ausbeutungs-freiheit durch gesetzliche Eingriffe einzuschränken. Aufgehoben wurde die kapitalistische Ausbeutung dadurch nicht. Sie erfuhr nur eine gewisse Milderung und wurde zum Teil in eine andre Richtung gebrängt. Ihr Verfehlen nach wie vor uneingeschränkt jene Volksschichten, die der gewerkschaftlichen Organisation sowie dem staatlichen Schutzes entbehrten, weil sie zu schwach oder zu unaufgeklärt waren, um erfolgreich für ihre soziale Besserstellung zu kämpfen.

Was der Kapitalismus als Dienst am Volke in der zurückliegenden Zeit geleistet hat, mußte ihm abgerungen werden. Freiwillig hat er sich dazu nie verstanden. Aber auch das, was so erreicht wurde, ist verhältnismäßig gering zu bewerten und steht mit seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im traffen Mißverhältnis, wie die bestehenden sozialen Gegensätze hinlänglich beweisen. Die Produktivität der Arbeit hat besonders in den letzten Jahren durch die Rationalisierung der Betriebe eine außerordentliche Steigerung erfahren. Ihre Wirkungen machen sich auf allen Gebieten bemerkbar. Dem Kapitalismus bot sich hierbei hinreichende Gelegenheit, Dienst am Volke zu leisten. Die Produktionsfähigkeit der Betriebe wuchs, die Produktionskosten erfuhr eine starke Herabsetzung. Bei Anwendung vernünftiger wirtschaftlicher Grundsätze mußten die sich hieraus ergebenden Vorteile in einer allgemeinen Vermehrung des Volkswohlstandes, Senkung der Warenpreise, Erhöhung der Löhne, Vermehrung der Kaufkraft und Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Volksschichten zum Ausdruck gelangen. Davon ist jedoch nichts zu bemerken. Die Warenpreise wurden trotz erheblicher höherer Gewinne von den Unternehmern nicht herabgesetzt, sondern weiter zu steigen gesucht, die Produktion der Betriebe zu diesem Zwecke beschränkt, die dadurch überzähligen Arbeiter auf die Straße geworfen, die Lohnforderungen der in Arbeit stehenden mit Aussperungen beantwortet, die Kaufkraft der Verbraucherebenen heruntergedrückt und so das Wohlbefinden des Wirtschaftslebens verhindert.

Das ist nichts andres als wirtschaftlicher Wahnsinn und das Gegenteil von dem, was unter dem Begriff „Dienst am Volke“ zu verstehen ist. Dennoch geben die theoretischen Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Hoffnung nicht auf, daß der Kapitalismus dennoch zum Dienst am Volke erzogen werden kann, seine Entwicklung in dieser Richtung geht. Sie berufen sich auf Amerika, wo der

Dienst am Volke praktisch geworden sei und von den kapitalistischen Unternehmern bereits als selbstverständlich betrachtet werde. Auch die Großindustrie anderer Länder zeige eine dahingehende Entwicklung, die allmählich dazu führe, jeden größeren Betrieb in ein „gemeinnütziges Unternehmen“ umzuwandeln. Es handle sich nur darum, diese Entwicklung zu fördern. Das Geldverdienende werde soweit als möglich an die Bedienung gebunden werden müssen, der Allgemeinheit nützliche Dienste zu leisten. Das Ziel einer sozialpädagogischen Erziehung müsse sein, es dahin zu bringen, den Menschen bei Aufstellung seiner Bedürfnis-skala zu veranlassen, das Bedürfnis, dem Nächsten zu helfen, höher zu stellen als die Befriedigung eines eigenen Luxusbedürfnisses. Zugleich gelte es, das Verständnis dafür zu wecken, daß der Mensch nicht nur von der Arbeit, sondern in der Arbeit leben muß.

Können und werden sich diese Hoffnungen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfüllen? Wer darauf warten wollte, wäre nur Enttäuschungen ausgesetzt! Ihre Verwirklichung scheitert an der Natur des Kapitalismus. Was es auch unter den kapitalistischen Unternehmern einzelne Ideologen geben, die in diesem Sinne handeln wollen. Was will das befragen? Die Wahrheit handelt anders und ist durch ethische Gründe oder Beteuerungsversuche zu keiner vernünftigen wirtschaftlichen Einstellung zu bewegen. Daran ändert das amerikanische Beispiel nichts. Auch die amerikanischen Unternehmer wissen bei ihrem angebliehen „Dienst am Volke“ auf ihre Rechnung zu kommen. Wenn sie ihre Waren zu billigeren Preisen liefern, höhere Löhne zahlen und sich mit einem geringeren Gewinn begnügen, so deshalb, weil die freie Konkurrenz der Unternehmer nicht wie in Deutschland durch Kartelle und Syndikate ausgeglichen ist. Sie unterliegen dadurch dem Zwange der freien Preisbildung, die sich der Kaufkraft der Verbraucher anpassen muß und eine Steigerung des Gewinnes nur durch Massenproduktion und Massenabfah zuläßt. Das ist schiefgelegt, wenn man es so nennen will, Dienst am Volke, zu dem der Kapitalismus fähig ist. Aber auch hier nur durch den Zwang der Verhältnisse. Aus freien Stücken gelangt er nicht dazu, denn der Kapitalismus kann seine Natur nirgend verlegen, selbst wenn er sich in ein gemeinnütziges Mäntelchen hüllt.

Hieraus ergibt sich, daß die Arbeiter nicht darauf warten dürfen, bis von selbst eine Änderung eintritt. Der Kapitalismus weicht nur dem Zwange. Seine Ausbeutungs- und Bereicherungsmethoden sind mit vernünftigen sozialen Wirtschaftsbegriffen unvereinbar, wenn ihm freie Hand gelassen wird. Das tritt, je länger die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, immer schärfer hervor. Was wir Wirtschaft nennen, ist die organisatorische Zusammenfassung des gesamten Volkes. Diese Organisation hat den Zweck, allen im gleichen Maße zu dienen und nicht einzelnen auf Kosten der Gesamtheit Bereicherungsmöglichkeiten zu bieten. Wird dieser Zweck nicht erfüllt, so liegen in dem Aufbau der Wirtschaft Fehler vor, die ihre Beseitigung fordern. Diese Fehler sind in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet und werden durch den herrschenden Monopolismus der Kartelle und Syndikate verschlimmert. Das stellt die Arbeiter vor die Aufgabe, diese Monopolverhältnisse zu brechen und die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzustreben, an dessen Stelle die sozialistische Gemeinwirtschaft treten muß. M a t t a t i.

Gesundheitspflege der Haut durch Seife und Bädungen

Die Haut des Menschen ist in ihrer Eigenschaft als Körperdecke nicht nur ein Schutzorgan gegenüber der Außenwelt und ein Vermittler des Gefühls, sondern die Hautatmung spielt im Körperhaushalt auch eine wichtige Rolle durch Sauerstoffaufnahme und Kohlenstoffabsonderung. Die Haut enthält Schweißdrüsen und die Organe zum Ausgleich der Körperwärme und zur Vermittlung des Gefühls; sie vermag über 30 Proz. des gesamten Körperblutes aufzunehmen, so daß man mit einem gewissen Recht von „Hautberg“ spricht. Eine geringe Absonderung todsalzarmen Schweißes findet ständig durch die Haut statt. Durch jedes Gramm Wasser, welches von der Haut verdunstet, wird dem Körper etwa ein Siebentel derjenigen Wärmemenge entzogen, welche bei der Verbrennung von 1 Gramm Eiweiß oder Kohlehydrat im Körper entsteht, das heißt 0,6 Wärmeeinheiten. Die Blutgefäße der Haut bringen das Körperwärme Blut bis dicht an die Oberfläche, wo es einen Teil seiner Wärme abgibt. Genügt die Blutfüllung der Haut nicht mehr, um die überschüssige Wärme nach außen abzugeben, so tritt die Schweißabsonderung helfend ein.

Die menschliche Haut ist also ein Körperorgan mit wichtigen Funktionen; sie bedarf deshalb, um ihre Tätigkeit stets vollwertig aufrecht zu erhalten, besonderer Gesundheitspflege. Die gesunde Haut erhält diese Pflege durch die Anwendung von Seife und Bädungen. Bei der erkrankten Haut aber muß man in der Verwendung dieser beiden Mittel vorsichtig sein. Die Berunreinigungen von Haut, Kleidungsstücken usw. sind teilweise fettiger Natur, teilweise bestehen sie aus Kalk, Eisenoxyd oder Ton. Es ist Aufgabe der Seife, diese Berunreinigungen zu entfernen, um die Haut funktionsfähig zu erhalten.

Eine gute Seife soll drei Eigenschaften haben: 1. hohen Gehalt an fettsaurem Alkali (70 Proz. und mehr), 2. Neutralität, das heißt, sie soll kein freies Alkali enthalten, und 3. sie soll frei von fremden Bestandteilen sein. Freilich kann Seife, welche überschüssiges Fett enthält und infolgedessen die Haut nicht so energisch angreift, als Träger von

Medikamenten unter Umständen wertvoll sein. Die zu medizinischen Zwecken hergestellte Seife entsteht im Dampfbade aus Natronlauge, Olivenöl und Schweineschmalz. Der sich bildende Seifenleim wird mit Alkohol verjert und unter Hinzufügung von Wasser weiter erhitzt, bis der Seifenleim ganz durchsichtig geworden ist; es erfolgt dann Ausfällung mit Kochsalz und Abhebung der Seife, welche eine Natronseife ist, welche Farbe hat und die Eigenschaft besitzt, in Alkohol löslich zu sein. Die Kaliseifen, welche die Industrie hervorbringt, enthalten mehr oder weniger Alkali. Man hat deshalb das Bestreben gehabt, für medizinische Zwecke ganz neutrale Kaliseifen herzustellen, namentlich um solche Präparate zu Trägern von Arzneistoffen zu machen; sie sollen ein Mittel sein, um bestimmte Stoffe der Haut zu imprägnieren, und sollten bis zu einem gewissen Grade die Salbe erzeugen. Gegenüber diesen Forderungen muß natürlich die reinigende Wirkung der Seifen zurücktreten.

Die sonst charakteristische Eigenschaft der Seife, die menschliche Haut zu reinigen, beruht darauf, daß sie die Berunreinigungen, welche teilweise fettiger Natur sind, wegnimmt. Wird Seife mit nur wenig Wasser zusammengebracht, so entsteht freies Alkali nur in geringer Menge; die Alkalimenge wird durch Zusatz von viel Wasser größer, aber die Konzentration des Alkalis bleibt infolge des reichlichen Wasserzuges im wesentlichen dieselbe. Bei Verwendung von Seifen entsteht also in geringer Konzentration freies Alkali in Gegenwart von Wasser, und zwar regelt sich die Alkalikonzentration unter Wasserzuges selbsttätig, was bei direktem Gebrauch von freiem Alkali nicht der Fall sein würde. Das aus der Seife sich bildende Alkali löst die Berunreinigungen der Haut, welche fettiger Natur sind, von ihrer Unterlage los und bringt sie zu feinsten Verteilung. Durch Reiben mit Wasser allein würden zum Beispiel Kalk und Eisenoxyd nur sehr schwierig entfernt werden können. Das saure Alkalisalz der Fettsäuren in den Seifen hat die Aufgabe, die Haut geschmeidig zu erhalten und Berunreinigungsstoffe, wie zum Beispiel Kalk und Eisenoxyd, zu absorbieren, damit das so gebildete Produkt nicht länger an der Haut und in Geweben haftet. Kaltsalz-

haltiges Wasser gibt mit Seife keinen Schaum, sondern es bilden sich weiche, flockartige Niederschläge von fettsaurem Kalzium, welche im Wasser unlöslich sind. Es entsteht also beim Waschen kein Schaum und auch kein freies Alkali, denn dieses wird durch die Säuren der Kaltsalze (Schwefelsäure und Kohlenensäure) gebunden. Ein solches hartes, zum Waschen unbrauchbares Wasser kann, falls die Härte nicht durch Gehalt an Gips bedingt ist, also nicht durch schwefelsaures, sondern lediglich durch kohlenstoffsaures Kalzium, durch anfallendes Kalken in weiches Wasser verwandelt werden, welches kalkfrei und zum Waschen brauchbar ist.

Die alltägliche Reinigung durch Seife und Wasser ist für die Gesundheitspflege der Haut unbedingt notwendig. Darum ist es auch ebenso wichtig zu wissen, wie Seife und Wasser auf die Haut wirken. Ist Alkali im Überschuss vorhanden, so handelt es sich um Seifen, welche, wie zum Beispiel die grüne Schmierseife, eine stark milchbrennende, ja gewissermaßen ätzende Eigenschaft besitzen. Für den häufigsten Gebrauch eignen sich die neutralen Seifen. Anna und Eichhoff haben die Herstellung überfetteter medizinischer Seifen empfohlen, welche noch reizloser als die neutralen sind, um die Haut zu schonen. Bei Bereitung der Annasoden Seifen darf als Fett nur bester Hinderbalt verwendet werden. Die Verseifung erfolgt mit einem Gemisch von Kalzium-Natronlauge oder reiner Natronlauge, und zwar in einem solchen Verhältnis, daß ein möglichst neutral reagierendes Produkt entsteht, wofür 3 bis 4 Proz. Fett zugesetzt werden. Eichhoff nimmt zum Beispiel 2 Proz. Natrium und 3 Proz. Olivenöl. Der Fettüberschuß schützt die Haut vor starker alkalischer Einwirkung, er macht also diese Seifen besser verträglich.

Beim sorgfältigen Waschprozeß werden von der Haut nicht nur die von außen kommenden Staub- und andre Schmutzteile sowie die überschüssigen oder verbrauchten Absonderungen der Haut selbst und die sich abstoßenden Hornzellen entfernt, sondern infolge der energischen mechanischen Abstreifung krankmachender Keime kommt auch bei der Reinigung die desinfizierende Wirkung der Seife mit in Betracht. Die obersten Zellenlagen der Haut quellen auf und werden abgestoßen, so daß eine Verstärkung der an

Korrespondenzen

Bielefeld. Unsere am 13. Mai im Hotel „Kaiserhof“ in Porta bei Minden abgehaltene zweite Bezirksversammlung wurde vom Graphischen Gesangsverein (Bielefeld), vereint mit dem Graphischen Männerchor „Gutenberg“ (Minden), mit einer prächtigen Liederspende eingeleitet. Als Gast war unser Gauvorsitzer Kollege Bertram (Köln) anwesend. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden begrüßte Kollege Stremming im Namen des Ortsvereins Minden die erschienenen Kollegen und wünschte guten Verlauf der Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung zunächst das Abbleiben von vier Kollegen. Aufgenommen wurden 19 Kollegen, davon waren 14 Neuausgelernte aus der Lehrlingsabteilung. Kollege Karl Metz machte Mitteilung, daß nun auch in Bielefeld die Handwerkerparte Fuß gefaßt habe, und gab in kurzen Zügen die Richtlinien der Sparte bekannt. Für die Fahrt zum Jungbuddentag in Köln, zu der sich aus unserm Bezirk etwa 100 Zebrlinge angemeldet haben, wurden dem Jugendleiter 200 M. zur Verfügung gestellt. Kollege David berichtete eingehend über die Differenzen mit der Druckerei der Anstalt Beseff. Die „christliche“ Verwaltung dieser Anstalt und deren Leiter der Druckerei, Herr W. Gieseking (ein alter „Befannter“), versuchen wieder einmal, eigene Wege zu gehen und ihr Willkür zu stiften an den Kollegen, die ihre gewerkschaftliche Pflicht (die Kündigung) erfüllt hatten. Bei der Zurücknahme der Kündigung, die allein schon eine starke Belastungsprobe darstellte und große Erbitterung auslöste, wurden einige Kollegen der Druckerei Beseff nicht wieder eingestellt, und zwar, wie Herr Gieseking sagte: wegen „Arbeitsmangels“. Die Buchdrucker Bielefelds kennen Herrn Gieseking aber genau und wissen, was sie von dieser Begründung zu halten haben; denn kurze Zeit vor der Kündigung wollte man noch Leute einstellen. Diese Aussage des Herrn Gieseking ist auch deshalb zweifelhaft, weil er schon nach einigen Tagen krankhaft bemüht war, von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen! Leider ist es ihm gelungen, einige junge Leute einzufangen. Kollege Schuster berichtete über die Kommissionsarbeiten und unterbreitete folgende Entschlüsse: „Die Kommission schlägt Ihnen nach gewissenhafter und reichlicher Überlegung vor, zur Führung der immer größer und schwieriger werdenden Geschäfte einen geeigneten Kollegen als Sekretär anzustellen.“ Die Kommission war nicht in der Lage, eine andere Lösung zu finden. An der Aussprache beteiligten sich eine Reihe Kollegen, die teils für, teils gegen eine Anstellung waren. Klar kam von sämtlichen Rednern zum Ausdruck, daß über kurz oder lang eine Anstellung erfolgen muß, überflüssiges Handeln sei jedoch zu vermeiden. Es wurde beschlossen, daß die Kommission in dieser Sache weiter tagen und der nächsten Bezirksversammlung abermals Bericht erstatten soll. Auf Antrag des Vorstandes findet am Sonntag nach Pfingsten eine Bezirksvertrauensmännerfeier in Bielefeld statt, wo zu gleicher Zeit eine Tagung der Kommission stattfindet. Den zweiten Punkt bildete ein Vortrag unseres Gauvorsitzers Kollege Bertram (Köln) über „Arbeitslosigkeit und Staat“. Die interessantesten Ausführungen fanden eine aufmerksame Zuhörerhaft. Ferner gedachte unser Gauvorsitzer der Kollegen August Holz und Paul Brand, die in diesem Jahre auf eine 40jährige sowie weitere 20 Kollegen, die auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken, und übertrug ihnen die Glückwünsche. Kollege Herffroter begrüßte hierauf die Neuausgelernten, denen er beherzigende Worte zur Anfeinerung widmete. Die nächste Bezirksversammlung findet auf Antrag in Pöppel statt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bühl (Baden). Auf Einladung unseres Ortsvereinsvorstehenden Kollegen Birzli wirkten die hiesigen Kollegen in unserm am 5. Mai stattgefundenen Monatsversammlung, um den Vortrag unseres Bezirksvorsitzenden Kollegen W. Maier „Was lehrt uns die letzte Wohnverhandlung“ mitanzuhören. Die Anwesenden spendeten den Ausführungen unseres Bezirksvorsitzenden reichen Beifall. Kollege Maier gab dann noch einige ausführliche Erklärungen über das Betriebsrätegesetz. Die Neuaufnahme von drei Jungkollegen wurde vollzogen und beherzigende Worte des Vorsitzenden an die neuen Verbandsmitglieder gerichtet. Nach Erledigung einiger interner Ortsvereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der Besuch seitens der Bühler Kollegen hätte in Anbetracht des aufklärenden Vortrags ein besserer sein dürfen.

Karlsruhe. (Drucker.) Am 13. Mai unternahmen wir eine lehrreiche Exkursion nach Stuttgart. Die Bezirke Forzheim, Freiburg und Lahr hatten sich uns angeschlossen, so daß die stattliche Teilnehmerzahl von 160 zumamentam. In der schwäbischen Landeshauptstadt wurden wir vom Gesamtverband des dortigen Druckervereins auf herzlichste begrüßt, und nach einer kurzen Erfrischung an einigen Sehenswürdigkeiten der Stadt vorbei zum „Neuen Stuttgarter Tagblatt“ geleitet. Hier wurden wir seitens der Redaktion empfangen und begrüßt und in mehrere Gruppen eingeteilt. Anschließend erfolgte ein Rundgang durch sämtliche Abteilungen des mühsertigst eingerichteten technischen Betriebes. Kollege Fischer dankte der Firma im Namen sämtlicher Teilnehmer, die von dem Gesehenen vollat befriedigt waren. Die zweite Besichtigung galt der Walzengussanstalt Felix Böttcher (Stuttgart). Durch das liebenswürdige Entgegenkommen der Inhaber der Walzengussanstalt war es uns möglich, die gesamten, aufs modernste eingerichteten Anlagen im Betriebe vorgeführt zu erhalten, so daß wir den ganzen Arbeitsprozeß, von der Ankunft der alten bis zum Versand der umgepöhlten Walzen, in allen Einzelheiten genau verfolgen konnten. Bei dem darauffolgenden Mittagessens, das in den Räumen der Firma stattfand, gab Herr Wiedemann seiner Freude über die zahlreiche Beteiligung Ausdruck. Vorsitzender Geisthäger sprach der Firma Felix Böttcher, insbesondere dem Herrn Wiedemann, mit zum Teil humorgewirzten Worten für das Gebotene den Dank aus. Galt der Vormittag der technischen Weiterbildung, bei der wohl jeder Teilnehmer auf seine Kosten gekommen sein dürfte, so war der Rest des Tages der Geselligkeit und der Kollegialität gewidmet. Nachmittags rüfteten die Teilnehmer zusammen mit den Stuttgarter Kollegen zu einem herrlichen Spaziergang mit dem Endziel der Weißenhofseidlung. Nach Inaugenscheinnahme der modernen Siedlungsbauten fand in dem Höfnerrestaurant zum „Weißenhof“ ein gemüthliches Beisammensein statt. Der Singchor der Buchdrucker-Gesellschaft (Stuttgart) und die „Typographin“ (Karlsruhe) weiterteilen uns die Ehre des Tages. Auch einige humorbegabte Kollegen, die es unter dem Buchdruckerlächeln trotz der Not der Zeit immer noch gibt, trugen sehr viel zur Hebung der Stimmung bei, nicht zu vergessen die hervorragenden Violinporträts einer jungen Stuttgarter Künstlerin, Fräulein Temgard Schnell. So war es denn kein Wunder, daß die Stunden so rasch verfloßen und der Feiger der Uhr unbarmherzig zum Aufbruch mahnte. Die Stuttgarter Fahrt wird wohl jedem Teilnehmer in angenehmer Erinnerung bleiben. Hoffen wir, daß die Stuttgarter ihr Verprechen, den Besuch zu erwidern, bald wahr machen. Allen Kollegen wird diese Exkursion lehrreich von großem Nutzen sein und viel dazu beitragen, den Zusammenhalt der Drucker des badischen

Landes zu fördern. Der Geschäftsleitung des „Stuttgarter Neuen Tagblattes“ und insbesondere den Inhabern der Walzengussanstalt Felix Böttcher (Stuttgart) sei auch an dieser Stelle verbindlichster Dank im Namen der Karlsruhe'r Drucker ausgesprochen.

Leipzig. In unserer Gaumitgliederversammlung am 21. Mai sprach der Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, W. Wittig, über „Bar- und Sachleistungen der Sozialversicherung“. Der Referent beschränkte sich im wesentlichen auf das Gebiet der Krankenversicherung. Er wies einleitend darauf hin, daß diese unter dem Zeichen der Selbstverwaltung stehe und daß heute alle Zweige derselben gut organisiert seien. Für andre Staaten sei die Krankenversicherung immer vorbildlich gewesen und bei internationalen Zusammenkünften ist das auch anerkannt worden. Inerfreulicherweise habe in der letzten Zeit die Steigerung der Sachleistungen einen solchen Umfang angenommen, daß die Barleistungen eingeschränkt werden mußten. An Beispielen der Leipziger Ortskrankenkasse zeigte der Redner diese ungünstige Entwicklung in den letzten Jahren. Er verwies dabei darauf, daß die außerordentliche minimale Steigerung der Röhne der Versicherten an diesem Mißverhältnis Schuld trage. Während in der Vorkriegszeit die Hälfte der Versicherten Beiträge zu den beiden oberen Klassen zahlte, sei es heute so, daß in die höchste, 10. Klasse nur 4,89 Proz., in die 9. Klasse 4,56 Proz., in die 8. Klasse 6,91 Proz. und in die 7. Klasse 9,88 Proz., zusammen also in die vier höchsten Klassen nur 26,34 Proz. der Versicherten Beiträge zahlen, mithin einen durchschnittlichen Tageslohn von 7 bis 10 M. haben. 31 Proz. der Versicherten beziehen einen Tageslohn von 4 bis 6 M. und 41,31 Proz. darunter, sind also in den untersten Klassen versichert. Daraus seien auch zum großen Teil die Schwierigkeiten zu erklären, die der Erledigung der Geschäfte entgegenstehen. Dazu kommt noch das Gefühl der Unternehmer, daß die Soziallasten zu hoch seien, allerdings höre man dieses Klagebild von den Unternehmern aller Länder. Der Referent zeigte dann noch im einzelnen die Belastung der Unternehmer im Verhältnis zum Arbeiter. Dabei wird festgestellt, daß die Arbeiter prozentual die höher Belasteten sind. Zum Schluß erklärte W. Wittig noch, daß die politischen Parteien im wesentlichen noch darauf hinwirken müssen, daß die Sozialgesetzgebung besser ausgebaut wird, so daß die Krankenkassen sich ganz in den Dienst zur Hebung der Volksgesundheit stellen können. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für die sehr reichen Ausführungen. Im Vereinsbericht wurde durch den Kollegen Hesseleberth die Konstituierung des Vorstandes sowie die Befragung der einzelnen Kommissionen bekanntgegeben. Eine eingehende Schlichtung ersuchten durch den Konflikt bei der Firma C. G. Röber sowie die Entlassung eines Korrektors wegen eines Artikels im „Korr.“. Im letzteren Falle wurde allerdings die beklagte Firma vom Arbeitsgericht und nach der Berufung auch vom Landesarbeitsgericht zur Wiedereinstellung verurteilt. Nach der Aussprache wurde ein Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages abgelehnt. Ein Antrag des Gauvorsitzenden, den Sparten sowie der Ortsgruppe des Bildungsverbandes je 200 M. zu Studienzwecken auf der „Bressa“ in Köln zur Verfügung zu stellen, wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Ludwigshafen a. Rh. (Maschinenf. u. z.) Die am 29. April abgehaltene Bezirksversammlung war eine gemeinsame mit Mannheim. Nach Verlesen der geschäftlichen Mitteilungen und Erledigung einiger interner Angelegenheiten hielt Kollege Petry einen interessanten Vortrag über das Thema „Die Augen des Maschinenf. u. z. und ihr Schutz“, an den sich eine lebhafteste Aussprache anschloß. Dem mit Beifall aufgenommenen ersten Teil des Themas folgt in der nächsten gemeinsamen Versammlung der zweite Teil („Augenkrankheiten“), worauf heute schon hingewiesen sei. Nach reger Debatte beim Punkt „Beschwerden“ konnte der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung kurz nach 12 Uhr schließen.

Münchberg. Unsere diesjährige, von sämtlichen Druckorten gutbesuchte Frühjahrs-Bezirksversammlung wurde am 13. Mai in Soltau abgehalten. Als Gäste waren erschienenen Gauvorsitzer Pfingsten (Hannover) und der Kollege Reusch (Hamburg) von der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft. Unter „Mitteilungen“ machte der Bezirksvorsitzende Kollege Weichl zunächst auf die Lehrlingsordnung aufmerksam. Auf konnte er berichten, daß wir im Bezirk einen Druckort Lötbede neu hinzubekommen haben. Einigen Subilaren, die dem Verbands die Treue durch eine 25- resp. 50jährige Mitgliedschaft bewahrt hatten, sprach der Vorsitzende den Glückwunsch des Bezirksvorstandes aus. Den Rassenbericht erstattete der Kollege Thiede. Die Kasse schloß mit einem Bestand von 852,04 M. ab. Nach Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf hielt Gauvorsitzer Pfingsten einen etwa einstündigen Vortrag über: „Was lehrt uns die letzte Lohnverhandlung?“ Er schilberte zunächst den vom Schlichter festgelegten und für verbindlich erklärten Schiedsspruch. Seinen Vortrag hatte er in vier Fragen eingeteilt und beantwortete diese in ausgezeichneter Weise. Sämtliche Massfaktoren der Arbeiterkraft, wie Konsumverein, Volkshilfsorge, Arbeiterbund usw., wurden vom Vortragenden in gebührender Weise hervorgehoben. Sein Vortrag endete damit, wenn wir als Gewerkschaftler etwas erreichen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß am 20. Mai der richtige Stimmzettel abgegeben wird und endlich arbeiterfreundlichere Männer im Parlament einziehen. Reicher Beifall lobte dem Referenten für seine interessanten Ausführungen, an die sich eine rege Aussprache anschloß. Zum vierten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Reusch (Hamburg), Berufswertreter der Sektion X der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, einen Vortrag über „Unfallverhütung, Rentenfestsetzung, Berufsrankheiten und Rentenabfindung“. Dieser Vortrag wurde durch Vorlesung des Titels „Im Kampf mit dem Unfallteufel“ ergänzt. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Harburg a. d. E. bestimmt. Nachdem der Bezirksvorsitzende noch auf die am 20. Mai stattfindenden Reichs- und Landtagswahlen hingewiesen hatte, wurde die antregend verlaufene Versammlung geschlossen.

und für sich schon normaler Weise vor sich gehenden Abschwächung der obersten Zellenlagen erfolgt. Das ist besonders dann der Fall, wenn es sich um eine Seife mit einem Überschuß von freiem Alkali handelt. Aber auch eine Seife von einwandfreier Beschaffenheit kann im kosmetischen Sinne unangünstig wirken, und zwar bei Menschen, deren Haut, besonders deren Gesichtshaut, auf Seifenwäsungen hin mit entzündlichen Veränderungen antwortet. Gar nicht selten ist der längere Gebrauch schlechter Seifen die Ursache für das Entstehen einer solchen Reizbarkeit der Haut, die aber auch in gewissen Fällen angeboren sein kann. Da selbst gute Kastiseifen wegen der geforderten Erweichung der Haare die Nachteile vieler Seifen haben, so ist es nötig, durch möglichst heisses Wasser den Vorgang der Haarerweichung zu beschleunigen, den Schaum möglichst kurz stehen zu lassen, alle Seifenreste sorgfältig abspülen und gegebenenfalls die Haut mit Alaun, verdünntem Toluolteig oder feinem, reinem Reispuder abzutupfen. Die Kopfhaut darf besonders bei an und für sich fettarmer Haut nicht zu häufig Seifenwäsungen unterzogen werden, weil viele Fälle von Haar-ausfall sich auf einer derartigen Grundlage entwickeln. Da bei der Kopfwaschung der sich bildende Schaum zur Reinigung der einzelnen Haare erwünscht ist, so empfiehlt es sich, weil die guten Seifen nur mäßig und in hartem, kalkhaltigem Wasser noch weniger schäumen, der Seifenwaschung eine Waschung des Kopfes voranzugehen zu lassen mit einer Lösung von einem Teelöffel voll doppeltkohlensaurem Natron auf ein Liter Wasser.

Die Anwendung sogenannter medizinischer Seifen, welche bestimmte Zusätze für krankhafte Veränderungen enthalten, sollte nur auf ärztlichen Rat hin in geeigneten Fällen erfolgen, weil die Anwendung eines Medikaments in Form der Seifenwaschung in ihrer Einwirkung auf die Haut nur verhältnismäßig flüchtig erfolgt, und weil gegebenenfalls die Seife als solche schon als Hautreiz wirken kann. Im allgemeinen kommen medizinische Seifen in Frage bei stark fettabsondernder Haut, welche verhältnismäßig unempfindlich ist.

Bei den Wäsungen reist hartes Wasser die empfindliche Haut, so daß sie spröde und rauh wird; in solchen Fällen

verwendet man am besten Regenwasser oder gefochtes Wasser, so warm wie es vertragen wird. Im allgemeinen werden heiße Wäsungen von der erkrankten Haut sehr viel besser vertragen als kalte. Wenn kein weiches Wasser zur Verfügung steht, so kann es durch Zusatz von zum Beispiel zwei kleinen Eßlöffeln Kaiserbranz weich gemacht werden. Reizmildernd wirkt auch Zusatz von Milch, weil das in der Milch aufgeschwemmte Fett die Haut vor allzu starker Einwirkung des Wassers schützt. Bei empfindlicher Haut muß das Abtrocknen mehr durch Abtupfen als durch energisches Frottieren erfolgen, es ist nicht ratsam, direkt nach dem Waschen ins Freie zu gehen; die Hauptwaschung soll in solchen Fällen deshalb nicht morgens früh, sondern abends vorgenommen werden. Zu häufiger Seifengebrauch kann auch, selbst wenn die Seife einwandfrei ist, eine normale Haut trocknen, spröde und dadurch empfindlich machen; besitz die Haut aber eine starke Drüsenfunktigkeit, so kann sie ohne Schaden häufige Seifenwäsungen unter Anwendung von warmem respektive heißem Wasser vertragen.

Bei trockener, spröde, leicht abschilfernder Haut werden vielfach nach der Morgenwaschung Mandelkernen in Mengen von etwa einem Eßlöffel ungefähr 5 Minuten lang auf der noch feuchten Haut verrieben; es folgt dann Abspülung und Abtrocknung. Wenn bei empfindlicher Haut Wäsungen vermieden werden müssen, so kommen zur Befreiung von Staub und Schweiß der Gebrauch von verdünntem Spiritus, am bequemsten in Form des kölnischen Wassers, und Abtupfungen mit feinem Reispuder in Betracht.

Für jeden Menschen ist die Gesundheitspflege der Haut notwendig, weil das Bedeutungsorgan des menschlichen Körpers in enger Verbindung mit dem gesamten Stoffwechsel steht. Im Interesse der Volksgesundheit muß das Verständnis für die Bedeutung einer richtigen Hautpflege möglichst allen Bevölkerungstreffen vermittelt werden, damit die Aufmerksamkeit des einzelnen auf die Gesundheitspflege der Haut gelenkt wird, mit deren einwandfreier Lebensfähigkeit das Wohlbefinden verknüpft ist und deren wichtige Rolle im Körperhaushalt nicht vernachlässigt werden darf.

Dr. med. M. C r ü n e w a l d (Dortmund)

Maricburg (Westpr.). Am 12. Mai d. J. fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, bei der Gauvorsteher Kollege Reiser (Königsberg) anwesend war. Zu Beginn gedachte der Vorsitzende mit ehrenden Worten unser verstorbenen Kollegen G. Somnitz. Kollege Reiser hob die Vorzüge des Verstorbenen während seiner Tätigkeit als Vorsitzender hervor und besaue, daß er stets ein vorbildlicher Verbandsvorsteher war. Nach Genehmigung des Protokolls erteilte der Vorsitzende, Kollege Stawitzki, unserm Gauvorsteher das Wort zu seinem Vortrag über „Die allgemeine Lage“. In längeren Ausführungen verbreitete er sich über die letzten Lohnverhandlungen. Mit großem Interesse folgten die Zuhörer den Worten des Redners. Unter „Gesäftlichem“ verlas der Vorsitzende die ein- und ausgegangenen Schreiben. Nach Bekanntgabe des Kasfenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Kartellbericht ist besonders zu erwähnen, daß zu den kommenden Wahlen der Belfiger zum Versicherungsamt zwei Kollegen unsres Verbandes zur Auffstellung gelangen. Als nächster Punkt wurde die Vorstandswahl behandelt. Der Vorstand hatte infolge Unstimmigkeiten während der Lohnverhandlungen seine Amter niedergelegt. Nach längerer Aussprache wurde lediglich nur der Vorsitzende neu gewählt. Der Vorstand setzt sich demnach aus folgenden Kollegen zusammen: B a r t e l i, Vorsitzender; S a n e r t, Kassierer; G r o s s e r, Schriftführer. Auch Kollege M a g e n d a n z wurde als Revisor wiedergewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die von 15 Kollegen beschickte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Münster i. W. Unsere zweite Bezirksversammlung fand am Himmelfahrtstage in Dülmen statt; sie war außerordentlich stark besucht. Gleich am Bahnhof wurden wir von Mitgliedern des Kartells und des Dülmer Ortsvereins begrüßt, worauf sich ein großer Demonstrationszug unter den Klängen der Feuerwehrkapelle durch die Straßen des schmucken Städtchens zum Vereinslokal bewegte. Hier begrüßte Kollege Eggert im Namen des Gefangenenvereins „Germania“ die ergränzten Gäste; Kollege W a l f e r als Vorsitzender der „Typographia“ (Münster) dankte für die freundlichen Begrüßungsworte. Nach Gesangs- und Musikstücken fand die Morgenfeier gegen 1 Uhr ihr Ende. Nachmittags folgte nach erster Beratung im Restaurant Birgerhaus Bezirksvorsitzender G r e i n e r begrüßte sämtliche Erschienenen, insbesondere Kollegen Albrecht (Röhl), worauf die „Typographia“ unter Leitung des Chormeisters Gehring den Chor „Lord Koleson“ wirkungsvoll zu Gehör brachte. Im Namen des Ortsvereins Dülmen sprach Kollege R a c h t z i g e r die Begrüßung; der Vorsitzende des Ortskartells S c h n i t z e r wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Nachdem sieben Aufnahmen vorgelesen waren, wies Vorsitzender abermals auf den Besuch der „Prestia“ hin. Den Kasfenbericht, welcher gedruckt vorlag, gab Kassierer W a l f e r, dem für seine prompte Kasfenführung Entlastung erteilt wurde. Das gewohnheitsmäßige Kasfenamt werden mußten. Sodann folgte der Vortrag des Kollegen A l b r e c h t (Röhl) „Unser Verband in Vergangenheit und Gegenwart“. Hier erntete der Vortragende durch seine klaren und leichtverständlichen Worte reichlichen Beifall und fand ein aufmerksamstes Auditorium. Gerade auch die Jungbuchdrucker unsres Bezirks, welche an der Versammlung teilnahmen, folgten aufmerksam dem Referenten. Für seine 12köpfigen Ausführungen sprach Vorsitzender G r e i n e r ihm den Dank der Versammlung aus. Unter „Geldbewilligung“ wurde beschlossen, sämtlichen Jungbuchdruckern, welche die „Prestia“ bezeugen, einen Zuschuß aus der Bezirkskassa zu gewähren. Die dritte Bezirksversammlung findet in Koesfeld statt. Nachdem noch kleinere Anfragen erledigt wurden, fand die Tagung mit einem Hoch auf den Verband gegen 6 Uhr ihr Ende. Nicht unerwähnt soll heißen, daß auch ein Mitglied des holländischen Typographenbundes aus Emschede an den Beratungen teilnahm. Auch an dieser Stelle der Dülmener Kollegenschaft recht herzlichen Dank.

Allgemeine Rundschau

Sonderausführungen vor dem Arbeiterjüngerbundesfest. Das Erste Deutsche Arbeiterjüngerbundesfest am 16., 17. und 18. Juni in Hannover rückt näher und näher. Zu einem Buchdruckerfeste bei dieser Gelegenheit haben die Verbandsinstanzen in der Feststadt schon kollegial eingeladen. Gefänglich und musikalisch stehen in Hannover außerordentlich große Aufstellungen zu erwarten, was den hohen Stand des Arbeiterjüngertums gut bezeugt. Von den neun Spitzenkonzerten werden jedenfalls nicht alle aufziehenden großen Chorvereinigungen an ihren Orten Voraufführungen veranstalten können, denn es können nur drei große Sinfonieorchester Verwendung finden: Berliner Philharmoniker, Berliner Sinfonieorchester und das Opernorchester in Hannover. Der Berliner Arbeiterjüngerbund wird aber so die seltene Gelegenheit geboten, am 13. Juni, abends 8 Uhr, in dem riesigen „Sportpalast“ die dramatische Legende „Faulst Verdamnung“ von Hektor Berlioz zu hören. Eintausend Mitwirkende zählt die unter Leitung von Dr. Ernst Jander stehende Aufführung; das Philharmonische Orchester ist sogar noch verstärkt, die fünf Solisten kommen aus Kopenhagen, Frankfurt a. M., Hannover und Berlin. Für Gewerkschaftsmitglieder sind Eintrittskarten im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen zu haben in der Geschäftsstelle des Hauses Berlin von W. C. Zufelandstraße 31, zu 1, 2, 2,50 und 3 M. Auch einige Berliner Kollegen werden hoffentlich von dieser höchst seltenen Gelegenheit, ein Meisterwerk als Chorsolofestkonzert in größter Besetzung von Männern und Frauen der Arbeit aufgeführt zu hören, umfassenden Gebrauch machen.

Gelten angestellte Rechtsanwälte vor den Arbeitsgerichten als Prozessbevollmächtigte? Diese wichtige Frage hatte kürzlich das Berliner Arbeitsgericht zu beantworten. Eine Firma, deren Protokurt zugleich Rechtsanwalt ist, hatte diesen in seiner ersten Eigenschaft mit ihrer Prozessvertretung beauftragt. Da aber nach § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes Rechtsanwälte nicht als Prozessvertreter

vor den Arbeitsgerichten auftreten können, lehnte das Arbeitsgericht seine Zulassung ab. Eine Beschwerde an das Landesarbeitsgericht hatte den Erfolg, daß sich dieses der Entscheidung des Arbeitsgerichts angeschlossen und die Beschwerde zurückwies. Das Landesarbeitsgericht ließ sich von der Auffassung leiten, daß angestellte Rechtsanwälte, solange sie nicht als solche gelistet sind, als Prozessbevollmächtigte vor den Arbeitsgerichten nicht auftreten können.

Zum 1. Bundesstag des Keramischen Bundes. Zu der großen Anzahl der bevorstehenden Gewerkschaftstagen in diesem Jahre gehört auch der 1. Bundesstag des Keramischen Bundes. Er tritt am 12. Juni zusammen und tagt zum ersten Male gemeinsam mit den ihm zusammenschließenden Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter und der Fabrikarbeiter. Dieser erste Verbandstag soll Zeugnis ablegen für die Notwendigkeit des freiwillig vollen gemeinsamen Schlusses, über den „Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, in seinem Begründungsartikel folgende interessante Ausführungen macht: „Die Geschäftslage des Keramischen Bundes ist erst kurz, aber doch lang genug, um ein Urteil über seine Wirksamkeit zu fällen. Am 1. August 1926 schlossen sich die Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter und die Gruppe Grobkeramik und Baustoffe vom Fabrikarbeiterverband zum Keramischen Bund zusammen, um als Glied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands den Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für ein größeres Stück Brot, für ein menschenwürdiges Dasein mit größerem Erfolg zu führen als bisher. Dieser Zusammenschluß war die erste Frucht des Strebens nach gewerkschaftlicher Konzentration, eingeleitet durch den bekannten Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses, der den Weg des freiwilligen Zusammenschlusses an Stelle des zwangsartigen empfahl. War dieser freiwillige Zusammenschluß ein voller Erfolg? Hat er all das organisatorische Geschick, die ein solcher Zusammenschluß notwendig macht, hat er all die Arbeit, Mühe und Sorgen, die allein schon zur Überwindung der organisatorischen Schwierigkeiten erforderlich sind, mit dem erwarteten Erfolg gelohnt? Wir antworten mit einem überzeugten Ja, und wir sind auch überzeugt, daß der erste Bundesstag des Keramischen Bundes diese Frage mit dem gleichen entschiedenen Ja beantwortet wird. Man hat die Verschmelzung in der Form des Keramischen Bundes ein Experiment genannt. Schwarzfischer haben bedenklich mit dem Kopf geschüttelt. Experimente können misslingen und Bestimmten keinen recht behalten. Die Verschmelzung in der Form des Keramischen Bundes ist aber ein gelungenes Experiment, ist ein großer gewerkschaftlicher Erfolg. Damit ist auch schon gesagt, daß er ein Erfolg für beide Teile war, daß nicht der eine Teil der Gebende und der andere der Nehmende war. Der Zusammenschluß hat den Gruppen Porzellan und Glas den wirtschaftlichen Kampf erleichtert und ihnen — nach unsrer und auch nach ihrer eignen Auffassung — größere Erfolge gebracht als wenn sie ihn allein auf sich selbst gestellt geführt hätten. Der Zusammenschluß hat aber auch den Fabrikarbeiterverband als Ganzen gestärkt. Er hat die gegenseitige Hilfe der einzelnen Gruppen untereinander zu größerer Vollkommenheit; zu größerer Wirkung gebracht; er hat der Organisation größere Kampfkraft und auch größere Werbetreue verliehen.“ Trotzdem sich der Zusammenschluß in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Krise vollzog, sind in den ersten fünf Vierteljahren 75 000 neue Mitglieder gewonnen worden. Gewiß ein Erfolg, der einen guten Verlauf der bevorstehenden Tagung erwarten läßt.

Gegen die Besteuerung von Streikgebern. Die sozialdemokratische sächsische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Regierung hat am 9. Mai 1928 an die Steuerdirektionen eine Verordnung erlassen, wonach die von den Arbeitnehmerorganisationen gezahlten Streikgeber ein kommensteuerpflichtiges Einkommen der Empfänger darstellen. Die Regierung läßt sich dabei auf eine Weisung des Finanzministeriums vom 24. Juli 1925, wonach die Streitunterstützungen bei Berechnung des Einkommens für die Aufwertssteuer zu berücksichtigen sind. Die Anrechnung dieser Streikgeber auf das steuerpflichtige Einkommen bedeutet jedoch eine finanzielle Schädigung derjenigen Bevölkerungsschichten, die ohnedies durch die Maßnahmen des Unternehmertums wirtschaftlich schwer geschädigt sind. Der Landtag wolle daher beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung vom 9. Mai 1928 aufzuheben und die Weisung vom 24. Juli 1925 zurückzuziehen.“ Die Bedeutung dieses Antrags liegt auf der Hand. Da bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage mit der Möglichkeit weiterer schwerer Wirtschaftskämpfe stark zu rechnen ist, ist das Vorgehen der Sozialdemokratie sehr zu begrüßen.

Die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften. Die Anternehmer behaupten immer noch, daß 1927 nur eine Mengenkonjunktur gewesen sei und keine Gewinne erzielt wurden. In einzelnen Fällen kann dies zutreffend sein, in der Gesamtheit betrachtet, ist die Behauptung der Unternehmer eine Fabel, und die Bilanzen der Aktiengesellschaften beweisen trotz aller Verschönerungen die günstige Lage, in der sich die meisten Gesellschaften befinden. Nach der Bilanzstatistik des „B. L.“ vom 5. Mai, die sich auf alle im ersten Vierteljahr 1928 veröffentlichten Bilanzen erstreckt, betrug die Rentabilität von 510 Gesellschaften der verschiedensten Gewerbegruppen 9,1 Proz. als Reingewinn, der Rohgewinn betraffte sich auf 19,1 Proz., die Dividenden auf 7,2 Proz. des Aktienkapitals. Die höchsten Gewinne hatte die Textilindustrie mit 16,4 Proz. Reingewinn und einer kolossalen Aufpeicherung der Überschüsse. Ausnahmslos mit Gewinnen schlossen die Schiffahrtsgesellschaften und die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgesellschaften ab. Große Reingewinne hatten Bergbau und Huttenwesen, die Metallbearbeitung, die Papierindustrie, das graphische Gewerbe, die Gummiindustrie und die chemische Industrie. Abgelehnte Preistreiber der Reichsbahn. Eine kürzlich beantragte Erhöhung der Eisenbahntarife hat das Reichskabinett als eine seiner letzten und erfreulichsten vorläufigen Handlungen vor seinem Rücktritt einstimmig abgelehnt. Wie unbedeutend die geplante Schrittmaßnahme der Reichsbahnleitung für die privatkapitalistische Preistreiber gewesen wäre, geht aus folgenden Feststellungen, die wir dem „Deutschen Volkswirt“ entnehmen,

hervor: Die Einnahmen der Reichseisenbahnen haben sich gegen das Vorjahr von 4500 Millionen auf 5000 Millionen Mark gesteigert. Die Ausgaben der Betriebsabrechnung haben etwa um den gleichen Betrag zugenommen, aber die Hälfte davon entfällt nicht auf die eigentlichen Betriebsausgaben, sondern auf den Aufwand für „Erneuerungen der Reichsbahnanlagen“. Die ausgewiesenen Investitionen (Anlagen in Schwereisen) belaufen sich auf 340 Millionen Mark. Offenbar — aber nicht zugegeben — wird von diesem Anlagezuwachs ein beträchtlicher Teil vorweg abgeschrieben. Auf den ausgewiesenen Betrag folgen sehr ausgiebige Rückstellungen (1927 = 120 Millionen Mark), durch die spätestens bis 1964 der gesamte Anlagezuwachs lastenfrei gemacht werden soll. Selbst wenn man einmal unterstellt, daß alle Investitionen notwendig seien, könnte die laufende Rechnung um 100 Millionen Reichsmark entlastet werden, da die Reichsregierung sich gegen eine Ermäßigung dieser überhöhen Abschreibungen gar nicht sträuben kann. Nimmt man bei der Erneuerung auch nur eine Erparnismöglichkeit von 150 Millionen Mark an, wobei noch immer der Betrag von 1926 überschritten bliebe, so wäre die erwartete Mehreinnahme aus der Tarifierhebung keineswegs unvermeidbar, sondern aus dem Chelg der Reichsbahngesellschaft entgingt, hinter der Privatindustrie in der Anwendung der Methode, Betriebsverbesserungen von den Verbrauchern bezahlen zu lassen, nicht zurückzubleiben.

Literarisches

Der Graphische Betrieb. Monatsheft für Maschinen-technische Betriebswissenschaft und Betriebskunde. Herausgegeben vom Verlagsgesellschaft der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Preußische Hauptstadt, Postfach 27, Verlagsleiter: Dr. H. G. Kuntz a. D., entworfen und von Prof. Dr. K. v. Dornum in die elektrisch ausgearbeitete Umschrift in der letzten Linie, die der Aufmerksamkeit der Aemter für die neuen Defizite dieser Zeitschrift zuzuführen. Der Inhalt des Monatsheftes ist in drei Teilen unterteilt: Der erste Teil enthält die Abhandlungen über die Betriebswirtschaftlichen Probleme in der Graphischen Industrie. Die zweite Abteilung enthält die Artikel über die Betriebswirtschaftlichen Probleme in der Graphischen Industrie. Die dritte Abteilung enthält die Artikel über die Betriebswirtschaftlichen Probleme in der Graphischen Industrie.

Die Wertebewertung. Von Prof. Dr. H. G. Kuntz a. D., Berlin, Verlag O. L. Nothmann, Berlin SW 11, 100, 100. Ein Heft, das die wichtigsten Punkte der Wertebewertung in der Graphischen Industrie behandelt. Die Wertebewertung ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Betriebswirtschaftlichen Probleme in der Graphischen Industrie. Die Wertebewertung ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Betriebswirtschaftlichen Probleme in der Graphischen Industrie.

Bestandene Eingänge

„Wald- und Auenland.“ Monatsheft für graphische und ver- wandte Gewerbe. 28. Jahrgang. Heft 5. Verlag Otto Webber & Co., G. m. H. S., Leipzig, Burgstraße 11.

Gestorben

In Halkenteb (Sara) am 4. Juni der Buchdruckermeister Theodor M. H. v. Berlin, im Alter von 78 Jahren. In Halle a. S. am 27. Juni der Buchdruckermeister Adolf M. H. v. Berlin, im Alter von 78 Jahren. In Halle a. S. am 27. Juni der Buchdruckermeister Adolf M. H. v. Berlin, im Alter von 78 Jahren.

aus Berlin, 46 Jahre alt - Malenfelden; am 21. Mai der Seber Max & Auguste aus Berlin, 50 Jahre alt - Vorsteherverein...

In Bitterfeld am 21. Mai der Seberinvalide Richard G. u. S. e., 54 Jahre alt. In Breslau am 24. April der Buchdruckerbesitzer Paul...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellen...

Briefkasten 28. 2. und Dr. 6. in M.: Ihr laucht empör aus tolgem Grunde... und freudigen Gruß - M. D. in A. 2. Die...

Verbandsnachrichten Bezirk Heilbronn. Warnung! Der Kollege Otto Roth (Hauptbuchnummer 141764) aus Heilbronn, geb. am 27. August 1907...

Anzeigen

Zur Aufnahme gemeldet (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beizufolgende Adresse): Im Gan & Berzheim der Bruder Wolfsof D. e. n. e. l., geb. im...

Bezirksverein Karlsruhe Feier des 60jährigen Bestehens Am Vorabend, Sonnabend, 30. Juni, abends Punkt 7 1/2 Uhr: Festkonzert im großen Saale...

Erfahrener Buchdrucker der im Plattenbetrieb und mit Anzeigengerät vertraut ist, zum sofortigen Eintritt gesucht. Buchdrucker Edmund Stein, O. m. b. G., Potsdam, Kaiser-Willhelm-Strasse 63.

Verein Berliner Drucker Wanderverammlung gemeinsam mit der Rotations- und Tiefdruckervereinigung. Das schön im Walde gelegene Restaurant, Waldschlösschen (Zuh. Fr. Enob), Rahnsdorf...

Am 31. Mai verschied nach langem, schmerzlichem Leiden unser lieber Kollege, der Druckerinvalide Michael Pfeiffer aus Oberlabl. D. D., im 64. Lebensjahre...

Am 31. März verstarb nach langem, schmerzlichem Leiden unser lieber Kollege, der Seberinvalide 1955 Richard Goetz im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm O. D. Gröbenhainchen.

Verband der Deutschen Buchdrucker 1868 Ortsverein Halle 1928 Sonnabend, den 21. Juli, und Sonntag, den 22. Juli, im „Vollspatz“ zu Halle, Burgstraße 27 (Eink. 7 und 8): Feier des 60jährigen Bestehens...

Zentralkommission der Drucker Programm zu den Tagungen vom 28. Juni bis 1. Juli in Köln a. Rh. Donnerstag, den 28. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Harmonie“, Apffelstraße 13: Internationale Druckerkonferenz...

Berein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umgeg. Achtung! Kollegen! Achtung! Die Vereinsversammlung im Juni fällt aus!...

Nach kurzer Krankheit, im blühenden Alter von 36 Jahren, entfiel uns der Tod unsern lieben Kollegen, dem Drucker 1941 Mag Hansen im Alter von 60 Jahren. Wie werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Verbandskollegen der Reichsdrucker Berlin.

Ortsverein Waldenburg (Sachsl.) Ein Sonnabend, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im Hotel „Gildhülf“, Mieder-Heinrichsdorf: Feier des 60jährigen Bestehens des Ortsvereins 1913

Empfang eintreffender Kollegen Die in Köln eintreffenden Kollegen wollen ihre Ankunft von 11 bis 23 Uhr in dem Vertehrsraum, Unter Felttensteinen 16, melden. Abends 8 Uhr, in der „Harmonie“, Apffelstraße 13: Großer rheinischer Abend...

Züchtige Linotypsetzer in Dauerstellung sofort gesucht. Ausschlägliche Angebote an: 1949 Fredebeul & Koenen, Großdruckerei, Essen. Züchtige Linotypsetzer mit längerer Praxis für Dauerstellung sucht Franz Weber, Berlin W 8, Mauerstraße 80 (Buchhändlerhof).

Ein tragisches Geschick erfüllte sich an ihm. Sein sehr kollegiales Wesen schenkt ihm bei uns ein lebendes Gedenken! Die Druckerkollegen der „Wache“ und „Kaiser“ im Hause H. Scherl O. m. b. G., Berlin.

Bereinigung der Berliner Handseker Vereinigungsversammlung Tagesordnung: 1. Was muß der Seher von der Galvanoplastik und der Stereotypen wissen? Referent: Kollege Max & Auguste...

Zweiter Deutscher Druckertag Gesehung Kongert Begrüßung Referenten: Paul Lobe, Präsident des Deutschen Reichstags, Dr. Esch, Generaldirektor der „Presse“. Nachmittags 3 Uhr: Besichtigung der „Bressa“ Treffpunkt am Eingang der Hofstraße. Ab abends 7 Uhr: Zwangloses Beisammensein im „Messersaunant“...

Argentinien einen jüngeren, tüchtigen Verkäufer, Verbindung ist Beherzschung der spanischen Sprache in Wort und Schrift und genaue Kenntnis des Druckgewerbes. 1938 Ausschlägliche Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften usw. erbeten an: Typograph O. m. b. G., Berlin NW 87.

Ein tragisches Geschick erfüllte sich an ihm. Sein sehr kollegiales Wesen schenkt ihm bei uns ein lebendes Gedenken! Die Druckerkollegen der „Wache“ und „Kaiser“ im Hause H. Scherl O. m. b. G., Berlin.

Die Weitereröffnung im Buchdruckgewerbe 10. August von J. A. Lind, Mitglied der Berliner Druckergewerkschaft, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckpreises taktisch, 3,30 M. bei Vorkauf, 6,00 M. per Nachnahme. J. A. Lind, München, Raimondstraße 27, Postfachkonto 910.

Herr Theodor Abb im 63. Lebensjahre. Sein wohlwollendes und achtbares Wesen sichern ihm ein dauerndes Gedenken. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Das Personal der Buchdruckerei Theodor Abb, Berlin SW 19, Fritschestraße 19.